fahren möglich. Sie ist auch noch gestattet, um festzustellen, ob die Gefahr tatsächlich beendet ist oder nicht doch noch weiter besteht. So ist die Wahrnehmung der Befugnis. Sachverhaltsklärung nach der Auflösung einer Zusammenrottung noch möglich, um z. B. festzustellen, warum diese Zusammenrottung erfolgte, wie sie zustande kam und ob weitere Zusammenrottungen geplant sind. Diese Maßnahmen sollten sich der Auflösung unmittelbar anschließen. Sie können bei Einzelpersonen, insbesondere wenn diese erst danach als Organisatoren oder Rädelsführer bekannt wurden, jedoch auch später erfolgen. Der Umstand der Ungewißheit und die Möglichkeit der weiteren Aktivität dieser Personen zur Vorbereitung weiterer Zusammenrottungen und die Notwendigkeit deren vorbeugender Verhinderung begründen die Unumgänglichkeit für die weitere Sachverhaltsklärung in einer bestimmten politisch-operativen Lage. Dagegen ist weder die konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit noch die Unumgänglichkeit der Wahrnehmung der Befugnisse des VP-Gesetzes gegeben, wenn bestimmte Personenkreise der Kirche allgemein erklären, daß z. B. "die Kirche zu Unrecht nicht schweigen dürfe, sondern ihre Stimme für Rechtlose, Schwache und für Menschen erheben müsse, die keine Möglichkeit haben, sich öffentlich zu äußern".

1

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Sachverhaltsklärung und damit die Befragung von Personen nur solange nach Beendigung einer Gefahr gestattet ist, wie das zur Abwehr weiterer konkreter Gefahren und der Beseitigung ihrer Ursachen und Bedingungen unumgänglich ist. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben und soll lediglich das Vorliegen straf rechtlicher Verantwortlichkeit geprüft werden, ist die Wahrnehmung der Befugnis Sachverhaltsklärung des VP-Gesetzes nicht gestattet. ¹

¹ ADN-Information vom 05. 11. 1988, Interne Dienstmeldung "Wachsende Unruhe wegen Strafen für Schüler in Ost-Berlin - Bei Gottesdienst staatliches Vorgehen beklagt"